

GRÜNE ZELL



INFO

AUSGABE 2016/06

DAS STADTMAGAZIN
DER GRÜNEN

KRITISCH KONSTRUKTIV VISIONÄR

Flugplatz: Keine Startbahnverlängerung

Hochwasserschutz sofort umsetzen

Horrorvariante 2a - BürgerInnenprotest

LÄNGERE STARTBAHN



KOMMT NOCH MEHR FLUGLÄRM?

GV WERNER HÖRL

AUS DER GEMEINDE



Liebe ZellerInnen,

in der letzten Gemeindevertretungssitzung wurde unter dem Vorsitz von Bürgermeister Peter Padourek auch mit den Stimmen der GRÜNEN (die SPÖ stimmte dagegen) die Einführung einer Stadtpolizei beschlossen.

Auch unsere Grünfraktion hat also für die Verbesserung der Sicherheit in unserer Gemeinde gestimmt. Nur durch die gute zukünftige Zusammenarbeit der Bundespolizei (wie übrigens in über 40 ähnlich großen Gemeinden in Österreich) mit unserer neu gegründeten Stadtpolizei können die vielfältigen polizeilichen Aufgaben in Zell am See besser gelöst werden.

Aber besonders das Thema des Hochwasserschutzes ist in Zell am See noch immer unbefriedigend. Als aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr weiß ich um die dringliche Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen besonders im Schüttendorfer Becken bestens Bescheid. Wir Grünen meinen, es ist nun genug Zeit beim Verhandeln verstrichen (seit 2008!), nun ist es höchste Zeit zum Handeln und Umsetzen.

Mit den besten Grüßen aus dem Rathaus, Ihr

Werner Hörl
Gemeindevertreter und Sprecher der Grünen Zell am See

EIN NATURJUWEL

VOR UNSERER HAUSTÜR



© Foto chnoe

Was tut sich Neues vor unserer Haustür?

Ein Beispiel gefällig? Jahrzehntlang war der Kiebitz aus dem Natur- und Europaschutzgebiet Zeller See verschwunden. Nun ist er zurückgekehrt. Im Vorjahr konnte erstmals ein Brutnachweis erbracht werden und auch heuer wurden bereits Küken gesichtet. Auch andere Bodenbrüter wie die Schafstelze, der Wachtelkönig und das Braunkehlchen, um nur einige zu nennen, sind im Frühjahr und im Sommer mit dem Brüten oder der Führung ihrer Küken beschäftigt. Zu ihrem Lebensraum zählen auch die Seekanalufer. Besonders während der Nistplatzsuche, der Brutzeit und der Aufzucht der Küken sind Bodenbrüter extrem störanfällig. Mehr darüber auf den Tafeln des Besucher-Informationssystems - im Internet unter <http://www.wiesenkoenigreich.at>, sowie auf www.salzburgwiki.at unter dem Stichwort Naturschutzgebiet Zeller See.

Noch eine Anmerkung: Nicht alle Vögel fliegen nach Afrika. Wer sich für Vernunft und gegen kleinkarierte Egoisten entscheidet, verzichtet ganzjährig auf mutwilliges Öffnen der Zäune, bleibt auf den Wegen, leint den Hund an und nimmt Drohnen und Modellflugzeuge anderswo in Betrieb. (chnoe)

SCHATTSEITE

MUSS DAS SEIN?

Mistkübel unbekannt?

Viele unserer Mitbürger ereifern sich ganz gerne über manche „Ausländer“, die angeblich überall ihren Mist fallen lassen. Dazu ist festzustellen, dass nicht wenige der stolzen Einheimischen mit ganz schlechtem Vorbild vorangehen: Kein Straßenrand, keine Wiese, Wald oder Garten, die nicht mit tonnenweise Wohlstandsmüll verziert sind. Was nicht mehr gebraucht wird, kommt einfach im „großen Mistkübel“ zur Entsorgung. Die Faulheit und Rücksichtslosigkeit mancher Mitmenschen ist ungeheuerlich und die Wegwerfgesellschaft treibt seltsame Blüten. Zu den diversen Flaschen, Dosen, Schachteln und Taschentüchern kommen in letzter Zeit noch die Plastiktassen von Coffee-to-go dazu, sogar auf der Schmittenhöhe, weil es ja unbedingt sein muss, dass man seinen Kaffee beim Wandern schlürfen muss, worauf dann die Leergebinde im nächsten Busch landen. Warum gibt es eigentlich kein Pfand - und zwar mindestens einen Euro pro Gebinde?

HOCHWASSERSCHUTZ SALZACH

BITTE WARTEN

Während überall - zum Schutz der Bevölkerung und deren Eigentum - größte Anstrengungen unternommen werden, um Schäden durch Hochwasserkatastrophen abzuwenden, wurden von den Gemeinden Zell am See und Bruck noch nicht einmal die bereits 2012 fertiggestellten Hochwasserschutzpläne (inkl. Finanzierungsschlüssel und angekündigter Fertigstellung für 2015) zur wasserrechtlichen Genehmigung eingereicht.

2011 wurde das Hochwasserschutzprojekt Salzach erstmals vorgestellt. Einige vom Projekt betroffene Grundstückseigentümer verlangten allerdings - zusätzlich zur üblichen Entschädigung - den Verzicht auf eine salzachnahe Umfahrung von Zell am See (B 168) und eine Entlastung der B 311 in Schüttdorf. Diese Forderungen der Grundstückseigentümer wurden vollständig erfüllt.

Ohne Einreichung zur wasserrechtlichen Genehmigung kann nicht mit dem Bau begonnen werden, und es können keine Förderungen zugesagt werden - was angesichts der Finanznöte des Bundes ohnehin immer schwieriger und unsicherer wird.

Die Gemeinden Bruck und Zell am See riskieren durch ihre Untätigkeit nicht nur den Verlust von 85 % Bundesförderungen, sondern setzen die Bevölkerung und deren Eigentum im Zentralraum Pinzgau völlig ungeschützt einer immer größer werdenden Hochwassergefahr bzw. einer kompletten Überflutung des Zeller Beckens aus.

Die Kosten für den Salzach-Hochwasserschutz werden zwischenzeitlich - inklusive Verlegung einer Straße - mit 38 Millionen Euro angegeben. Dies bedeutet eine Verdreifachung der 2012 genannten Gesamtkosten. Eine Förderungsfähigkeit durch den Bund wird somit fraglich!

WIR FORDERN EINEN MASTERPLAN VERKEHR

Konzeptlose Raumordnung und unkoordinierte Baupolitik - hässliche Gewerbe- und Handelsbauten am Ortseingang, Wohnsiedlungen und Baulandsicherungsmodelle ohne jede Infrastruktur an Ortsrändern - so stellt sich heute Schüttdorf dar.

Die Verkehrspolitik geht seit Jahrzehnten an den Bedürfnissen der Bevölkerung und Wirtschaft vorbei und wird seit Jahren nur mehr durch die Forderung einiger Brucker (!) Grundbesitzer nach einer neuen Umfahrungsstraße durch das Gewerbegebiet geprägt.

Was steht alles an?

Für die Bahnkreuzungen Tischlerhäusl/Karl-Vogt-Straße, Pletzerkreuzung und Bruckbergkreuzung müssen aufgrund der Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 Lösungen durch Unter- oder Überführungen gefunden werden, das Verkehrschaos in Schüttdorf muss durch eine gemeinsame Lösung für B168 und B311 am Bestand nach dem Saalfedner Vorbild rasch, kostengünstig und umweltfreundlich beseitigt werden, der öffentliche Verkehr muss absoluten Vorrang bekommen, das heißt S-Bahnverbindung zwischen Saalfelden und Bruck und eine ÖBB-Haltestelle in Schüttdorf.

Es gibt also viel zu tun. Auch Schüttdorf kann wieder lebens- und lebenswert werden. Gut koordiniert und gut geplant! Die ZELLER GRÜNEN verlangen daher die Erstellung eines MASTERPLANS für das gesamte Gemeindegebiet von Zell am See.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Eigentümer (zu 100%): Grüne Bürgerliste Zell am See · 5700 Zell am See, Sebastian - Hörl - Straße 11

E-Mail: wir@gruen4zell.at

Redaktion: Hans Hebenstreit, Richard Rieder Erscheinungsdatum: Juni 2016

Erscheinungsort: Zell am See

Blattlinie: Das Programm der Grünen Bürgerliste Zell/See

Diese Zeitung wurde umweltfreundlich nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens produziert.

Bildquellen: S.1 Basisbild © Christina Nöbauer, Bildmontage GRÜNE Zell, Flugzeugbild © Tomo.Yun (www.yunphoto.net/en/); S.2 Bild Werner Hörl GRÜNE Salzburg, © Christina Nöbauer; S.3 SSU Mobiler Hochwasserschutz GmbH Freilassing; S.4 © Christina Nöbauer, Pfeilvisualisierung durch GRÜNE Zell.

MOBILER HWS-SCHUTZ

EIN VERSÄUMNIS



Bild: SSU Mobiler Hochwasserschutz GmbH

Wir haben uns als GRÜNE vor der Gemeinderatswahl massiv für einen mobilen Hochwasserschutz eingesetzt, wir haben zwei Systeme vorgestellt und auf Beispiele in anderen Orten hingewiesen. Leider wurde von der Zeller Kommunalpolitik nichts von unseren Vorschlägen umgesetzt. Das ist eine mutige Politik, leider aber keine verantwortungsvolle.

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt, wir werden nicht immer mit viel Glück knapp davonkommen. Mit dem Projekt „Hochwasserschutz Zeller Becken“ hat die absolute ÖVP-Macht bereits Jahre verplempert und sich auf eine moralisch höchst fragwürdige Verknüpfung mit der Umfahrungsvariante 2a eingelassen. Mit einem mobilen Schutzsystem könnte man wenigsten akute Gefahren abwenden, mit der nachhaltigen Untätigkeit gefährdet man aber Hab und Gut der Zeller Bevölkerung.

GEDANKENSPLITTER

Wir freuen uns sehr, dass wenigstens ein Teil der ursprünglichen Fehlplanung rund um das Geschäftsareal in Schüttdorf saniert wurde. Die Planer und/oder deren Auftraggeber hatten schlicht vergessen, einen Gehweg einzuplanen. Das wurde parallel zur nördlichen Zufahrtsstraße mittlerweile nachgeholt.

Was in diesem Bereich aber nach wie vor fehlt, sind sichere Übergangsmöglichkeiten für Fußgänger. Unserer Meinung nach wäre eine Begegnungszone im Bereich des Hofer Markts ideal und kostengünstig zu errichten.

Wir freuen uns, dass sich die Gemeindevertretung für eine Stadtpolizei entschieden hat. Viele Ärgernisse des Alltags können nun durch bürgernahe Polizeiorgane nachhaltig abgestellt werden.

STARTBAHNVERLÄNGERUNG

KOMMT NOCH MEHR FLUGLÄRM?



Foto: Christina Nöbauer, Pfeilvisualisierung durch Redaktion

Uns ist zu Ohren gekommen, dass die Piste des Zeller Flugplatzes um 250 m verlängert werden soll - aus Sicherheitsgründen - wie es heißt. Seinerzeit wäre die Piste eben um diese 250 m länger geplant und bewilligt gewesen. Diese längere Piste sei aber damals wegen der Weigerung eines Grundeigentümers nicht möglich gewesen. Dieser Hinderungsgrund würde nun wegfallen.

Die Zeller Grünen befürchten nun, dass diese Verlängerung dazu führen könnte, dass die derzeitig erlaubte Tonnage von 5 Tonnen erhöht würde, wodurch dann größere und lautere Flieger starten und landen könnten. Für eine erhöhte Sicherheit müsste auch eine verstärkte Graspiste reichen.

Zu überprüfen wäre auch, ob die damalige Betriebsbewilligung noch gültig ist, ebenso, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Mehr Lärm und Abgase durch mehr Flugverkehr ist Schüttdorf wohl nicht zuzumuten. Wachsamkeit ist geboten.

500 UNTERSCHRIFTEN GEGEN

UMFAHRUNG BRUCKBERG

Wie aus zahlreichen Medien zu entnehmen war, überreichte eine überparteiliche Bürgerinitiative aus dem Zellermoos fast 500 Unterschriften gegen das Umfahrungsprojekt Variante 2a in Schüttdorf. Wir haben uns Stellungnahmen der verantwortlichen ÖVP Politiker angeschaut und ziehen den Schluss, dass die ÖVP trotz des BürgerInnenprotests nicht von dieser Horrorvariante abrücken will. Laut Bürgermeister soll nun ein neuer Gutachter bestellt werden, das wird Kosten verursachen, aber leider nichts nützen, weil sich die ÖVP auf diese Variante einbetonierte hat. Man will einer Handvoll Grundeigentümern gefällig sein, die hoffen dürfen, sich mit diesem Projekt eine goldene Nase auf Kosten der Allgemeinheit zu verdienen.

Vizebürgermeister Weber meinte gar, das Land akzeptiere NUR diese eine Lösung als Umfahrungsstraße. Warum man in Saalfelden allein mit dem Ausbau der Kreisverkehre eine taugliche Lösung finden konnte, erklärte Weber leider nicht.

DER GRÜNSPECHT



Foto: CC 3.0 Andreas Trepte, www.photo-natur.de

Ist Ihnen das auch schon aufgefallen? Ein PKW fährt rechts ran, dann wird telefoniert, telefoniert. Zehn Minuten lang, der Dieselmotor läuft und läuft. Der Hausverstand wird abgeschaltet, der Motor nicht. Oder: Ein schwerer, etwas überdimensionierter SUV biegt um die Ecke, die elegante Dame am Steuer telefoniert mit dem Handy am Ohr, die Kurve wird etwas geschnitten, sie kann sich ja nicht um alles kümmern. Wenn das Riesenauto schon so teuer ist, geht sich eine Freisprecheinrichtung einfach nicht mehr aus. Oder: Unberechtigte parken ungeniert die Behindertenparkplätze zu, parken ihr Fahrzeug auf dem Gehsteig und zwingen die Fußgänger auf die Straße auszuweichen.

Mehr davon? Nein, für heute reicht es. Grünspechts Gefieder sträubt sich schon ganz ordentlich.

FAKTECHECK

BÜRGERNÄHE

Um Zeller Bürgern die persönliche Vorsprache bei Einsichtnahme in öffentliche Schriftstücke der Stadtgemeinde während der Amtsstunden zu ersparen, ersuchte GV Mag. Irene Rieder-Schroll um Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle auf der Homepage der Stadtgemeinde Zell am See.

Mit dem Hinweis von Stadtamtsleiter Mag. Jakober, „...dass dies gemäß § 31 Abs. 5 Salzburger Gemeindeordnung 1944 idgF nicht vorgesehen bzw. nicht zulässig wäre“ wurde diese zeitgemäße und bürgernahe Informationsform abgelehnt.

Wir haben nachgefragt. Laut Auskunft der Rechtsabteilung des Landes ist eine Veröffentlichung sehr wohl möglich. Über das „WIE?“ können jene Gemeinden des Landes Auskunft geben, die diese bürgerefreundliche Vorgangsweise bereits seit Jahren praktizieren.